

Konferenzberichte / Conference Reports

„Staat und Demokratie in Asien“ Weingartener Asiengespräche 2005

Weingarten, 11.-13. Februar 2005

Sind die westlichen sozialwissenschaftlichen Kategorien und Modelle überhaupt geeignet für das Erfassen der Staaten Asiens? Oder breiten westliche Wissenschaftler damit nicht lediglich einen Mantel an Theorien und Begriffen über Asien aus, die man als *colonial knowledge*, also als typische Begriffswelt der westlichen kolonialisierenden Mächte, bezeichnen muss? Auch wenn die Debatte über spezifische „asiatische Werte“ in den vergangenen Jahren an Fahrt verloren hat, ist die Diskussion, inwiefern westliche Vorstellungen von Staat und Demokratie auf Asien übertragbar sind, weiterhin sehr lebendig. Bester Beleg hierfür waren die vierten Weingartener Asiengespräche, bei denen in der von Heterogenität und vor allem einem Pluralismus an politischen Systemen geprägten Region nach vergleichbaren Phänomenen gesucht wurde.

Manfred Mols (Universität Mainz) betonte in seiner Einführung die Bedeutung kulturhermeneutischer Korrekturen, mit denen die vom Westen in zahlreichen Punkten abweichenden kulturellen Traditionen Asiens besser berücksichtigt werden könnten. Andererseits dürfe es mit diesen Einschüben innerhalb des *colonial knowledge* auch nicht übertrieben werden, da auch in Asien über westliche Politikbegriffe kommuniziert werde und diese zudem Grundlage praktischer Politik seien. Dienen diese aber nur als Verständnisbrücken mit der westlichen Welt, oder können sie auch auf eigenständige demokratische Traditionen in der Region rekurrieren? Und wenn auf solche Traditionen verwiesen wird, sind diese nicht, wie es Claudia Derichs (Universität Duisburg-Essen) formuliert hat, zumeist Selbstbehauptungsdiskurse, mehr Konstruktion als Rekonstruktion, zum Zwecke der Legitimierung einer Moderne, die nicht die eigene ist?

Vielfältige Fragen zum Auftakt einer Tagung, die der Region entsprechend ebenso vielfältig beantwortet wurden. So ist für Thomas Heberer (Universität Duisburg-Essen) eine Untersuchung Chinas gemäß den strengen Maßstäben

der Demokratieforschung nicht allzu ergiebig. Bedeutsamer erweist sich für ihn die politische Dynamik dieses Systems, die vor allem von einem beachtlichen politischen Pragmatismus vorangetrieben wird. Diese oft vernachlässigte Komponente zeige sich etwa beim Wandel der KP von der Klassen- zur Volkspartei und der Bewertung des für das hohe Wirtschaftswachstum verantwortlichen Privatsektors. Dies habe zu einer fortschreitenden Ökonomisierung der Politik mit dem Fokus auf den wirtschaftlichen Erfolg geführt. In einer hochpolitisierten Gesellschaft wie China hätten solche Veränderungen in der Wirtschaftspolitik auch stets politische Relevanz und somit den Wandel vom totalitären zum autoritären Staat beeinflusst. Für eine weitergehende Transformation sieht Heberer das Entstehen einer Zivilgesellschaft als wesentliche Voraussetzung. Durch die Ausweitung der Partizipation auf kommunaler Ebene durch Wahlen oder die Förderung von Nachbarschaftshilfe beginne sich allmählich auch ein „Proto-Bürger“ herauszubilden.

Während in China dieser „autoritäre Kommunitarismus“ dynamisch, aber zweifellos von einer Demokratie noch weit entfernt ist und die Hoffnungen hier auf den, wirtschaftlichen Erfolgen nachlaufenden, politischen Reformen ruhen, kann Indien bei allen Einschränkungen eine weitaus positivere Entwicklung bescheinigt werden. Dies ist besonders beeindruckend angesichts der immensen Heterogenität des Eine-Milliarde-Einwohner-Landes, bei dem hinsichtlich der Abfolge von Demokratisierung und wirtschaftlicher Modernisierung zudem von einem vorlaufenden Modell gesprochen werden kann. Für Clemens Jürgenmeyer (Arnold-Bergstraesser-Institut Freiburg) ist gerade diese Heterogenität und der kreativ-flexible Umgang mit ihr für diesen positiven Effekt verantwortlich: „Was man nicht kontrollieren kann, kann man auch nicht zerstören; das Chaos erweist sich hier als Stabilitätsfaktor.“

Dazu komme, dass das von den Briten eingebrachte colonial knowlege bereitwillig angenommen worden sei – die Demokratie als prinzipielle Staatsform sei seit der Unabhängigkeit weitgehend unumstritten. Für Clemens Jürgenmeyer ist Indien ein Beweis für die Demokratiefähigkeit auch armer, heterogener Dritte-Welt-Staaten mit einer hohen Quote an Illiteraten – selbst ein materielles Minimum sei offenkundig keine zwingende Voraussetzung für die Überlebensfähigkeit von Demokratien. Der Nachbarstaat Pakistan dagegen belege, wie gegensätzlich die Entwicklung verlaufen könne: „Es gibt eben keine Erfolgsformel für Demokratie“.

Solche *unique patterns* zeigen sich auch in Japan, das sich im Kontrast zu Indien durch seine besondere Homogenität auszeichnet. Auch stammen die demokratischen Grundlagen des Landes nicht von einer Kolonial-, sondern von einer Siegermacht, den USA. Vielleicht ist es auch darauf zurückzuführen, dass, wie Claudia Derichs ausführte, etwa das Parteiensystem des Landes auf der Oberfläche sehr vertraut erscheine; dahinter seien aber bestimmte

Kulturstandards und Traditionen wie Patronagesysteme verborgen, die sich mit dem gängigen westlichen Blickwinkel nicht erfassen ließen. Hier würden kulturhermeneutische Einschübe zu einem besseren Verständnis verhelfen.

Eher strukturelle Faktoren prägen dagegen beim Übergang vom Militär- bzw. Quasi-Militärregime in Richtung Demokratie, den Aurel Croissant (Naval College, Monterrey/Kalifornien) am Beispiel Indonesiens, Thailands und Südkoreas beleuchtete. Hierzu zählte Croissant etwa die Evolution der internen Sicherheitslage – je prekärer sich diese gestalte, umso wahrscheinlicher sei eine starke Rolle des Militärs zu erwarten. Weiterhin sei die Kollision von Wirtschaft und Militär von Bedeutung: Je enger diese beiden verknüpft seien, umso mehr habe das Militär im Falle eines Wandels zu verlieren. Ebenso spielten aber politische Faktoren wie Parteiensystem, Fraktionalismus und demokratische Wettbewerbsdynamik eine Rolle. Bei aller Berücksichtigung landesspezifischer Faktoren seien einige Probleme wie die kulturelle Kluft zwischen Militär und Gesellschaft aber auch „alltäglich“ für repräsentative Demokratien und nicht genuin für Transformationsprozesse.

Auf die externen Faktoren der Demokratisierung ging Jörn Dosch (University of Leeds) ein, konstatierte aber, dass anders als in Europa und Lateinamerika die Akteure des internationalen Umfeldes bislang in geringerem Maße eine fördernde Wirkung auf die Prozesse politischer Liberalisierung und demokratischer Konsolidierung in Asien ausüben. Dies gelte auch für Zusammenschlüsse innerhalb der Region: So sei beispielsweise die ASEAN bislang nicht in der Lage, konstruktiven Einfluss auf ihre Mitglieder wie etwa Myanmar/Burma zu nehmen.

Welche Demokratieformen haben nun in Asien die besten Aussichten auf Erfolg? Wie die Tagung zeigte, ist die Bandbreite an landes- und kulturspezifischen Faktoren enorm. Manfred Mols sah in der Zukunft am ehesten eine Fusion westlich-liberaler und asiatischer Elemente. Auf der einen Seite seien mögliche Kernelemente wie die Gewaltenteilung bei diesem Ansatz vielleicht etwas anders gepolt, auf der anderen würde immer versucht, traditionelle Elemente in grundsätzliche politische Ordnungsvorstellungen zu integrieren. Im Erfolgsfall sei das Ergebnis aber keine „defekte Demokratie“, sondern vielmehr eine „Demokratie etwas anderer Einfärbung“.

Die Ergebnisse der Tagung sollen als Sammelband "Staat und Demokratie in Asien" beim LIT Verlag erscheinen. Die 5. Weingartener Asiensprache finden vom 10. bis 12. Februar 2006 statt – voraussichtliches Thema: „Asiens internationale Beziehungen“.

Stefan Rother